

Wahlprüfsteine: Bisexuelles Netzwerk (BiNe)

Frage 1:

Erläuterungen BiNe: *Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>). In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).*

- **Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?**
- **Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?**

Antwort: Wir Grüne stehen wie keine andere Partei an der Seite der LSBTTIQ-Community. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ) die gleichen Freiheiten, die gleichen Rechte und die gleiche Anerkennung haben.

Vielfalt heißt für uns, Strukturen zu öffnen und zu verändern. Als erste Partei in Deutschland haben wir uns vor wenigen Monaten ein „Statut für eine vielfältige Partei“ gegeben. In unserem neuen Vielfaltsstatut steckt der Anspruch als Partei, vielfältiger zu werden und gleichzeitig die vielfältige Gesellschaft mitzugestalten.

In unserem Landesverband gibt es die Landesarbeitsgemeinschaft QueerGrün, die sich für die Belange von LSBTTIQ-Menschen stark macht. Darin arbeiten bisexuelle Menschen ebenso selbstverständlich mit wie andere queere Menschen.

Frage 2:

Erläuterungen BiNe: *Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>). Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).*

- **Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?**
- **Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?**

Antwort: Junge Menschen sollen keine Angst mehr vor Repressalien nach ihrem Coming-out haben müssen. Dazu brauchen wir ein Klima der Offenheit und Toleranz. Wir Grüne fordern, den Masterplan Jugend für die kommenden Jahre fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Schon jetzt können neu entstehende Landesjugendverbände, die mehrere Ortsgruppen haben, selbstorganisierte Jugendarbeit machen und Jugendliche und junge Erwachsene beim Coming-out begleiten. Diejenigen Landesverbände, die absehbar landesweit Bedeutung erlangen können, wollen wir darin unterstützen, funktionsfähige Strukturen auf Landesebene aufzubauen. Ziel ist es, dass sie als Träger der Jugendhilfe anerkannt werden. Aber auch in den Schulen muss gesellschaftliche Vielfalt stärker thematisiert werden. Wir wollen deshalb ein Diversity-Management an Schulen verankern. Es soll von einer

Lehrperson organisiert werden, die zugleich Ansprechperson für die Schüler*innen ist. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal im Bereich Diversität konsequent aus- und weiterbilden.

Frage 3:

Erläuterungen BiNe: Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Baden-Württemberg gibt es seit 2015 den „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Aktionsplan_Akzeptanz_2015.pdf).

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?**

Antwort: In dem seit 2016 geltenden Bildungsplan ist es uns gelungen, gemeinsam mit der Elternschaft und der LSBTTIQ-Community die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ zu verankern. Es braucht aber eine stärkere Verbindlichkeit und bessere Überprüfbarkeit. Um die Leitperspektive umzusetzen, sind Unterrichtsmaterialien, Aufklärungsprojekte und Fortbildungen notwendig. Die Handreichung „Alle Farben im Blick?!?“ für Schulpsycholog*innen und Beratungslehrkräfte ist erst im Dezember 2020 veröffentlicht worden.

Unser Ziel für die nächste Legislatur ist es, die Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs weiter zu erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner*in ist, um diese Leitperspektive umzusetzen.

Frage 4:

Erläuterungen BiNe: Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen in Baden-Württemberg Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

- **Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?**

Antwort: Wir Grüne wenden uns gegen die von den sogenannten „Besorgten Eltern“ und der so genannten „Demo für alle“ betriebene populistische Falsch- und Desinformation, die die menschliche Lebens- und Liebesvielfalt verunglimpft und herabwürdigt. Diesen Bestrebungen setzen wir unsere Politik der Offenheit und Akzeptanz entgegen. Wir setzen dabei auf Aufklärung und auf starkes politisches und zivilgesellschaftliches Engagement.

Frage 5:

Erläuterungen BiNe: Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine Initiative zu sexueller Sichtbarkeit: https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,

https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für sexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

- **Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Baden-Württemberg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**
- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?**
- **Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?**

Antwort: Wir Grüne achten darauf, in unseren Reden und Veröffentlichungen möglichst alle Dimensionen von gesellschaftlicher Vielfalt zu berücksichtigen. Gerade bei Themen der LSBTTIQ-Community achten wir darauf, dass Bisexuelle aktiv mitgenannt werden.

Mit dem Hissen der Regenbogenflagge in den Pride-Monaten zeigen immer mehr öffentliche Institutionen in Baden-Württemberg ihre Offenheit gegenüber LSBTTIQ-Menschen. Wir Grüne unterstützen solche Aktionen, weil sie einen Beitrag dazu leisten, die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sichtbar zu machen.

Frage 6:

Erläuterungen BiNe: In Australien hat eine Senatorin eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität

(<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexuellen Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

- **Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?**

Antwort: Wir Grüne stehen wie keine andere Partei an der Seite der LSBTTIQ-Community. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ) die gleichen Freiheiten, die gleichen Rechte und die gleiche Anerkennung haben. Das wird sich selbstverständlich auch weiterhin in unserer parlamentarischen Arbeit und unseren parlamentarischen Initiativen niederschlagen.

Frage 7:

Erläuterungen BiNe: Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher. Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

- **Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?**
- **Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?**

Antwort: Wir Grüne stehen als Partei fest an der Seite der Wissenschaft. Neue Erkenntnisse und Forschungen lassen wir zeitnah in unsere Programmatik einfließen. Sowohl die Gesellschafts- und

Sozialwissenschaften als auch die Psychologie erforschen in Studien zunehmend Aspekte der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt. Diese neuen Erkenntnisse nehmen wir dankend auf.

Frage 8:

Erläuterungen BiNe: Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

- **Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?**

Antwort: Für uns Grüne steht außer Frage: Wir stellen uns gegen jede Form von Beleidigung und Verunglimpfung der LSBTTIQ-Community. Gerade im Netz entlädt sich der Hass gegenüber LSBTTIQ-Menschen allzu oft in unerträglicher Weise. Wir Grüne fordern alle auf, Hasskriminalität konsequent anzuzeigen und Hasskommentare auf den jeweiligen Plattformen zu melden.

Frage 9:

Erläuterungen BiNe: Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat. <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

- **Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?**

Antwort: Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Zudem wollen wir die Prävention stärken, damit es erst gar nicht zu Hasskriminalität kommt.

Frage 10:

Erläuterungen BiNe: Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter. https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

- **Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?**

Antwort: Wir fordern die Überarbeitung der Richtlinie zur Blutspende, um den praktischen Ausschluss von homo- und bisexuellen Männern zu beenden und die diskriminierende Regelung in Bezug auf transgeschlechtliche Menschen abzuschaffen.

Die aktuelle Praxis bei der Blutspende diskriminiert bisexuelle, homosexuelle und transsexuelle Menschen. Die Richtlinie Hämotherapie der Bundesärztekammer wurde 2017 neu formuliert. Demnach dürfen schwule und bisexuelle Männer nur Blut spenden, wenn sie ein Jahr lang keinen Sex hatten. Das ist eine grobe Diskriminierung von schwulen und bisexuellen Männern und sachlich nicht zu begründen. Als Voraussetzung für eine Blutspende ein Jahr lang auf Sex zu verzichten, ist völlig lebensfremd. Die Grünen im Bundestag setzen sich dafür ein, diese Richtlinie zu überarbeiten. Die

Bundesärztekammer sollte zudem verpflichtet werden, die Richtlinie mindestens einmal im Jahr zu überprüfen. Wir fordern, das Transfusionsgesetz entsprechend zu ändern und ein Verbot direkter oder indirekter Diskriminierung zu verankern.

Frage 11:

Erläuterungen BiNe: Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

- **Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?**
- **Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?**

Antwort: Wir Grüne setzen uns dafür ein, das Transsexuellengesetz abzuschaffen. Es ist in weiten Teilen verfassungswidrig. Dieses Gesetz ist 40 Jahre alt und entspricht nicht dem Stand der Wissenschaft. Es strotzt vor Schikanen gegenüber Menschen, die selbst und diskriminierungsfrei über ihr Geschlecht bestimmen möchten. Wir wollen das Transsexuellengesetz durch ein zeitgemäßes Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Leitbild soll die persönliche Freiheit sein – statt irgendwelcher Ordnungsvorstellungen über die Geschlechter.

Frage 12:

Erläuterungen BiNe: Auch heute noch werden intersexuelle Kinder ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

- **Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?**

Antwort: Die Bundesregierung hat den „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen“ vorgelegt, den wir in weiten Teilen unterstützen. Geschlechtsverändernde Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern sollen verboten werden, wenn sie medizinisch nicht notwendig sind. Diese Regelung ist längst überfällig.

Darüber hinaus erwarten wir, dass die Bundesregierung einen Fonds einrichtet. Aus den Mitteln sollen intergeschlechtliche Menschen entschädigt werden, die unter den Folgen der medizinisch nicht notwendigen Operationen leiden.

Frage 13:

Erläuterungen BiNe: Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im Grundgesetz, Artikel 3 (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

- **Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?**
- **Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?**

Antwort: Ja, dafür setzen wir Grüne uns nachdrücklich ein. Der Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes muss endlich um ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität ergänzt werden. Diesen Schutz muss das Grundgesetz auch im Wortlaut garantieren.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Erläuterungen BiNe: Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst menschenrechtsfeindlichen Äußerungen (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu AfD-Denunziationsplattformen zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die Corona-Leugner*innen wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html). Die Querdenken 711-Initiative kommt dabei aus Ihrem Bundesland.

- **Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?**
- **Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?**

Antwort: Die liberale Demokratie und der Zusammenhalt der Gesellschaft sind vielerorts unter Druck – durch Hass im Netz, durch Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die Menschen ausgrenzen und unsere Gesellschaft spalten. Wir Grüne halten diesem Hass die Strahlkraft einer solidarischen Gesellschaft entgegen, in der alle gerechte Chancen haben.

Wir Grüne stellen uns der AfD offensiv entgegen: in den Debatten des Plenums, mit parlamentarischen Initiativen, mit Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Unterstützt werden wir dabei von einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement.

Verweisen möchten wir in diesem Kontext auf die umfassende Studie „Rechtspopulismus in Baden-Württemberg. Organisationen, Politik und ideologisches Umfeld“ der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg (<https://www.boell-bw.de/de/rechtspopulismus-in-baden-wuerttemberg>).

Die aktuelle Protestbewegung gegen die angebliche „Corona-Diktatur“ leugnet grundsätzlich die Gefahr, die von der Pandemie für die Gesundheit der Menschen ausgeht. Der Einfluss von Rechtsextremisten, Verschwörungsfanatikern und Verfassungsfeinden aller Couleur macht uns große Sorgen, ebenso wie die wachsende Radikalisierung und die steigende Gewaltbereitschaft. Wir begrüßen deshalb die Entscheidung des Verfassungsschutzes, die sogenannte "Querdenken-Bewegung" zu beobachten.

Frage 15:

Erläuterungen BiNe: Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre – und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

- **Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?**
- **Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?**

Antwort: Mit Blick auf die Lizenzen ist vor allem die europäische Ebene am Zug. Die EU-Kommission sollte alles daranlegen, bestehende Produktionskapazitäten zügig auszulasten und zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Am besten geht das mit freien Patenten und einem offenen Wettbewerb aller potenziellen Hersteller.

Unsere Impfstrategie steht auf einem stabilen Fundament. In Baden-Württemberg wurden im ganzen Land Impfzentren geschaffen, um möglichst schnell viele Menschen gegen das Corona-Virus impfen zu können. Neben den neun zentralen Impfzentren sind seit Januar 2021 auch die 50 Kreisimpfzentren in allen Stadt- und Landkreisen in Betrieb gegangen. Zusätzlich sind mobile Teams unterwegs. Sie erreichen die Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Die Infrastruktur funktioniert!

Die Menge an Impfstoff, die zur Verfügung steht, wird in den kommenden Wochen steigen. Mittelfristig ist deshalb vorgesehen, den Großteil der Bevölkerung im Laufe des Frühjahrs/Sommers 2021 über die Haus- und Facharztpraxen zu impfen. Das ist im Moment noch nicht möglich. Denn der Impfstoff ist derzeit nur sehr beschränkt verfügbar. Zudem sind die Anforderungen an Lagerung, Aufteilung und Logistik hoch.

Unser langfristiges Ziel ist es, eine hohe Impfquote zu erreichen, um eine sogenannte Herdenimmunität zu erzeugen. Es sollen alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Impfstoff erhalten.

Frage 16:

Erläuterungen BiNe: *Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens*

(<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.*

- **Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?**

Antwort: Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium in Baden-Württemberg einrichten: die Klimaweisen. Dieses Gremium soll jährlich einen Klimabericht erstellen, in dem es Maßnahmen für die Politik vorschlagen kann. Es kann auch wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und die Maßnahmen der Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit überprüfen

- **Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?**

Antwort: Unser Klimaziel: Wir wollen Baden-Württemberg schnellstmöglich klimaneutral machen. Denn die Zeit drängt! Wir müssen weltweit umsteuern, um die globale Erhitzung noch einzudämmen. Wir stehen in der Verantwortung, den kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Zentrale Grundlage unserer Politik ist deshalb das Pariser Klimaabkommen und der 1,5-Grad-Pfad. Mit unserem Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende machen wir Tempo für den Klimaschutz und die Energiewende in Baden-Württemberg.